

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP-Fraktion ist nicht gegen Elektromobilität. So begrüßen wir ausdrücklich die gute Ladeinfrastruktur in Limburg. Wir halten aber nichts davon, neben den bestehenden Förderprogrammen anderer staatlicher Ebenen noch ein weiteres draufzusatteln und Kaufprämien zu verteilen. Einziges Kriterium ist offenbar dabei: Es wird mit diesem Programm geschaut, ob es noch irgendwelche Fahrzeuge gibt, die noch nicht gefördert werden, um dann im Ergebnis zum Beispiel Kaufzuschüsse für den Erwerb von Lastenpedelecs oder dreirädrigen Leichtfahrzeugen zu gewähren.

Mit diesem Nischen-Programm wird man die Luftqualität in Limburg gewiss nicht verbessern, sondern erzielt höchstens ein paar Mitnahmeeffekte. Die Stadt sollte sich darauf konzentrieren, ihre Kernaufgaben zu erfüllen. Dazu gehört der Erhalt der Verkehrsinfrastruktur, aber nicht das Verteilen von Kaufprämien.

Unabhängig davon hält es die FDP-Fraktion aber auch ordnungspolitisch für problematisch, auf allen staatlichen Ebenen einseitig eine bestimmte Antriebstechnologie zu fördern. Jahrelang wurde der Diesel von der Politik als klimafreundlich beworben und gefördert. Heute droht man den vielen Pendlern und mittelständischen Unternehmen, die auch dem Ruf der Politik gefolgt sind, teilweise sogar mit Fahrverboten. Und schon steigen wir in die nächste Antriebstechnologie ein, bei der der Staat besser als Kunden, Markt und Forschung zu wissen glaubt, dass hier die Zukunft liegt.

Menschen, meine Damen und Herren, müssen von einem Produkt überzeugt sein, damit sie es kaufen.

Wenn der Staat für gute Rahmenbedingungen im Bereich Forschung und Entwicklung sorgt, hat er seinen wichtigsten Part erfüllt. Wenn es uns zum Beispiel gelingt, bei der Energiespeicherung für regenerative Energie endlich weiter zu kommen, würden auch Elektrofahrzeuge ökologischer, denn bei dem heutigen Energiemix sind sie in der Ökobilanz modernen

Verbrennungsmotoren keineswegs generell überlegen. Und auch die herkömmlichen Antriebsarten lassen sich ökologischer gestalten.

Außerdem dürfen bei einem Ausbau der Elektromobilität auf dem heutigen technischen Stand auch die Schattenseiten nicht übersehen werden. Elektrofahrzeuge benötigen eine Vielzahl von Spezialrohstoffen, die unter ökologisch und sozial oftmals fragwürdigen Bedingungen gewonnen werden. So arbeiten laut Amnesty International tausende Minderjährige in kleinen Kobaltminen im Süden des Kongos unter prekären Bedingungen.

Bernd Freytag schrieb dazu in der FAZ am 17. Juli dieses Jahres: „An Kobalt für den Bau von Batterien fehlt es im Kongo nicht. Kein Land besitzt mehr Vorräte, keines baut mehr ab. Zumal es genug Kinder gibt, die das Erz aus der Erde kratzen. Klingt wie Zynismus, ist aber elende Realität. Eine Realität, die beim Tanz um das goldene Elektroauto freilich nicht gerne gehört wird.“

Dass die notwendigen Rohstoffe aus nur ganz wenigen Ländern kommen, hat darüber hinaus auch ökonomische Konsequenzen. Peter Buchholz, Leiter der Deutschen Rohstoffagentur, wird dazu in der „Welt“ vom 31.07.2017 folgendermaßen zitiert: „Wer den globalen Öl-Markt mit der OPEC als Kartell für konzentriert hält, der hat sich noch nicht mit Märkten wie dem für Lithium beschäftigt.“

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich weiß, dass die Ausgaben in dem Programm begrenzt sind. Dennoch sollten wir bei unserem Leisten bleiben.

Die FDP-Fraktion lehnt den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Einführung eines kommunalen Förderprogramms für Elektromobilität ab.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.